

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erstmal wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **475000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Warum hat Deutschland nur eine unzulängliche Weisblechindustrie? Oft ist diese Frage aufgeworfen worden, häufig wurde die Erweiterung dieses Gewerbezweiges in nahe Aussicht gestellt, aber seit Jahren blieb trotzdem der Stand der deutschen Weisblechfabrikation fast unverändert. Rund 40 Prozent ihres Weisblechbedarfs hat die deutsche Industrie auch im Jahre 1909 durch Bezug aus England gedeckt, die einheimische Erzeugung betrug etwa 45 000 Tonnen, die Einfuhr etwa 33 000 Tonnen. Englands Ueberlegenheit in der Weisblechfabrikation ist nicht damit zu erklären, daß die Engländer auf diesem Gebiete einen beträchtlichen Vorsprung haben, der noch nicht eingeholt werden konnte. Bei der glänzenden Entwicklung der deutschen Eisenindustrie sind ganz andere technische Leistungen vollbracht worden als hierbei in Frage stehen. Unvermögen der Technik hat die Entwicklung der Weisblechindustrie nicht aufgehalten. Zurzeit kommen als Weisblechproduzenten in Deutschland selbst in Betracht: die Küstener Gesellschaft, die Abteilung Weisblech der Union des Phönix in Nachrodt, De Wendel & Co. in Haggingen, die Dillinger Hüttenwerke und die Kassel-Heiner Eisenwerksgesellschaft m. b. H. in Neuwied. Im Sommer dieses Jahres verlautete, daß die bereits genannte Kassel-Heiner Eisenwerksgesellschaft mit dem Köln-Münchener Bergwerksverein wegen des Baues eines Weisblechwalzwerkes verhandelt, in dessen Betriebe die überschüssige Kraft der Hochofenanlage des Köln-Münchener Bergwerksvereins verwandt werden soll. Kürzlich wurde ferner der Beschluß der Vereinigten Stahlwerke von der Thyssen und Dillinger Eisenhütten bekannt, in Wifsen ein neues Weisblechwerk zu errichten. Aber auch wenn diese Pläne und Beschlüsse zur Ausführung gelangen, wird die Produktion Deutschlands an Weisblech noch sehr erheblich hinter dem stets steigenden Konsum zurückbleiben. Diese Verhältnisse zeigen, daß einer ausreichenden Erweiterung der Weisblechfabrikation starke Hemmnisse entgegenstehen. Eine Hauptschwierigkeit liegt in der Zinnversorgung, Weisblech wird bekanntlich durch Ueberziehen von Messingplatten mit Zinn hergestellt. Bei einer Zinnproduktion der Welt von jährlich mehr als 100 000 Tonnen werden in Deutschland etwa 9000 Tonnen hergestellt, der größte Teil davon wird aus bolivianischen Erzen gewonnen, etwas auch durch Entzinnung von Weisblechabfällen. Die einst blühende sächsische und böhmische Zinnproduktion ist im Aussterben begriffen, ihre Erträge sind für den Markt bedeutungslos. Für die Hauptversorgung des Weltbedarfs sind Zinn kommen die ostasiatischen Länder in Betracht, besonders sind die Malaienstaaten daran beteiligt. Die malaiische Zinnproduktion wird von den Engländern und Amerikanern beherrscht, und zwar sind es dieselben Kapitalistengruppen, die in ihren Heimatländern zugleich den maßgebenden Einfluß in der Weisblechindustrie haben. Durch diese Verbindung wird es den englischen und amerikanischen Weisblechwerken ermöglicht, ihren Bedarf an Zinn durch Verträge auf viele Jahre hinaus zu sichern, während die Weisblechfabriken anderer Länder, also auch Deutschlands, auf Käufe am Markt angewiesen sind. Durch die jeweiligen Marktläufe wird die Kalkulationsbasis sehr unsicher, denn die Preise sind einmal recht bedeutenden Schwankungen unterworfen, dann aber sind auch die zur Verfügung stehenden Zinnmengen sehr ungleich. Eine Ausdehnung der deutschen Weisblechherzeugung wird aber ferner nicht wenig durch die Preispolitik des Stahlwerksverbandes unterbunden. Dieser der Stahlwerksverband den englischen Weisblechwerken hoch Plätzen, das Vorprodukt der Bleche, zu weit niedrigeren Preisen als den deutschen Weisblechwerken. So wurde die Vorzugstellung der englischen Werke auf Kosten der deutschen Produktion weiter durch den Stahlwerksverband verstärkt. Es ist den kleineren Weisblechwerken im Siegerland, deren Lage nicht besonders günstig ist, angetan worden, zur Weisblechfabrikation überzugehen. So wünschenswert eine Ausführung dieses Rathschlages wäre, von Erfolg könnte sie nur dann begleitet sein, wenn der Stahlwerksverband seine Preispolitik ändern würde. Solange die englischen Weisblechwerke deutsche Platten billiger kaufen können als die deutschen „reinen“ Weisblechwerke, ist schon aus diesem Grunde eine nennenswerte Zunahme der Weisblechfabrikation im Lande fast ausgeschlossen.

Im Verein der Deutschen Eisenhüttenleute hat der frühere preussische Finanzminister und jetzige Oberpräsident der Rheinprovinz v. Rheinbaben im Namen der Regierung die Tätigkeit der Montanartelle gepriesen und sich als „eheliche Rastler“ bei den Verhandlungen zur Erneuerung der Syndikatsverträge den Industriellen angeboten (siehe Rundschau notiz: Aus den Unternehmerverbänden). Auch die Liebe zum Syndikalismus macht blind und taub, sonst hätte der preussische Fiskus, als er sich für die Erneuerung der Montanartelle wieder engagierte, nicht vergessen dürfen, daß bei diesen Syndikaten die Bevorzugung des Auslands auf Kosten der heimischen Verbraucher zu den grundlegenden Geplagenheiten gehört, die doch wahrlich nicht als national gelten können. Aber auch nach einer andern Seite hin ist das aktive Eintreten der preussischen Staatsverwaltung für die Vereinigung des Kohlen- und Eisenkapitals bemerkenswert. Dieselbe Regierung, die die Organisationen der Arbeiterschaft auf jede Weise lört und zu verhindern sucht, stellt sich bereitwillig in den Dienst eines möglichst lückenlosen Zusammenchlusses des Kapitals.

Die Aktiengesellschaft Friedrich Krupp in Essen und die Werke des Siemens-Schuckert-Konzerns haben in der ersten Dezemberwoche

ihre Abschlüsse für das Jahr 1909/10 veröffentlicht. Wie nach den Ergebnissen der anderen großen Montanunternehmen zu erwarten war, ist auch bei der Krupp-Gesellschaft der Gewinn für 1909/10 außerordentlich gestiegen, der Reingewinn wird nach erhöhten Abschreibungen um 6 Millionen Mark höher als im Vorjahre angegeben. Ein Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres ergibt folgendes Bild:

	1907/08	1908/09	1909/10
Nach Abschreibungen von 16,5 Mill. M.	17,17 Mill. M.	18,88 Mill. M.	
Betriebsüberschuß	28,37 = = 27,38 = =	32,74 = =	
Reingewinn	18,48 = = 15,60 = =	21,26 = =	
Dividende	8 Prozent	8 Prozent	10 Prozent

Ueber die Höhe der wirklich erzielten Gewinne kann man aus der veröffentlichten Bilanz und dem Geschäftsbericht kaum neue Anhaltspunkte, geschweige denn zuverlässige Zahlen erlangen. Als Familiengründung fällt für die Krupp-Gesellschaft selbst die Rücksichtnahme weg, die andere Aktienunternehmen bei ihren Bilanzen und Geschäftsberichten doch immerhin in einem gewissen Maße auf ihre Aktionäre nehmen müssen. Schon bei der Gründung von Krupp als Aktiengesellschaft war in Fachkreisen die Auffassung allgemein vorherrschend, daß die Einbringung der Werte außerordentlich hoch erfolgte, um die ausgewiesenen Gewinne späterhin möglichst niedrig erscheinen zu lassen. Solche Bestrebungen sind zweifellos auch bei der Aufstellung der Bilanzen betätigt worden. Es kann jedoch nicht angenommen werden, daß die Krupp-Gesellschaft, die bekanntlich auf vielen Gebieten Monopolrechte einsetzt, eine geringere Rentabilität aufweisen solle als etwa der „Phönix“. Der Rentabilitätskoeffizient, deren Charakter zur Genüge bekannt ist, wurde wieder eine Million zugeführt, der Ausschüttung erhält, wie im Vorjahre, eine Tantieme von 210 000 M. Ausschüttungsmittelglieder sind zurzeit Dr. Gustav Krupp von Bohlen-Galbach, der den Vorsitz hat, der Geheimrat Justizrat August von Simon in Berlin, der Bankier Ludwig Deibück in Berlin, der Vizeadmiral z. D. Hans Sack in Berlin, ferner Finanzrat Ludwig Klüpfel, der früher dem Direktorium der Gesellschaft angehörte. Für den kürzlich verstorbenen stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats, den Geheimen Kommerzienrat Gustav Sarimann in Dresden, wurde keine neue Wahl vorgenommen. Bei der enormen wirtschaftlichen Bedeutung, die das Krupp-Unternehmen hat, könnte der Geschäftsbericht ein hervorragendes wirtschaftliches Dokument sein, wenn die Verwaltung nicht vorzöge, nur die dürftigsten Zahlen zu veröffentlichen. Ein solches Verhalten verstärkt die Notwendigkeit der Errichtung eines praktischen Ausschüsses für alle Aktiengesellschaften, die durch ihren Umfang weit über den Rahmen privatwirtschaftlicher Interessen hinausgewachsen sind.

Von einer Erhöhung der Dividende hat die Siemens & Halske-Aktiengesellschaft für 1909/10 abgesehen; sie wird, wie im Vorjahre, eine Dividende von 12 Prozent zur Verteilung bringen. Der ausgewiesene Ueberchuß beträgt 11,50 Millionen Mark gegen 11,43 Millionen Mark im Vorjahre, der Reingewinn abzüglich des Vortrages 10,47 Millionen gegen 10,39 Millionen im Vorjahre. Daß in diesen Zahlen gleichfalls nicht die vollen Gewinne in Erscheinung treten, wird von der Verwaltung selbst leise angedeutet, sie bemerkt: „Es wurde im Hinblick auf die bei der Beurteilung der Weiterentwicklung der elektrischen Industrie und ihrer inneren Verhältnisse gebotene Zurückhaltung auf vorläufige Bewertung der Aktien besondere Rücksicht genommen.“ Dieser Hinweis kann nur so aufgefaßt werden, daß die inneren Reserven an den Gewinnen recht beträchtlich erhöht worden sind. Bei den Siemens-Schuckert-Werken m. b. H., deren Kapital von 90 Millionen je zur Hälfte im Besitz der Siemens & Halske-Aktiengesellschaft und der Elektrizitätsgesellschaft vormals Sander in Nürnberg ist, wurde ein Ueberchuß von 10,60 Millionen gegen 10,27 Millionen Mark im Vorjahre ausgewiesen, die Gewinnanteile an die Gesellschafter wurden wieder auf 10 Prozent festgelegt. — Die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals Schuckert & Co. in Nürnberg erzielte nach der Bilanz einen Reingewinn von 5,21 Millionen Mark gegen 1,1 Millionen Mark im Vorjahre. Die Dividende wird in Höhe von 7 Prozent gegen 6 Prozent im Vorjahre vorgeschlagen. — Unter schon häufig begründetes Urteil über die Bilanzierungsgründe der großen Aktienunternehmen wird auch von der unabhängigen Handelspresse geteilt. So schreibt z. B. die Handelszeitung des Berliner Tageblatts: „Gerade unsere führenden Elektrizitätsgesellschaften sind eifrig darauf bedacht, sich nicht in ihre Karten hineinziehen zu lassen. Sie zeigen nur das Notwendigste; nur die Zinsen ihrer in jedem Jahre lebendigen Abschreibungen und Rückstellungen werden in der jüngsten Jahresabrechnung sichtbar, was der Betrieb oder was die Berechtigungen erbracht haben, mit denen sie ihre Fabrikationsunternehmen wie mit einem dicken Reg von Arbeitszubringern und Abfallstoffen umgeben haben, was gar an Effekten gewonnen verbucht wurde, wird ängstlich geheim gehalten. Die äußere Gewinnrechnung ist darum im Grunde ziemlich nichtssagend, nicht aus ihr läßt sich die Dividende als eine organische Notwendigkeit heraus, sondern sie wird so aufgemacht, daß die gewünschte Dividende sich gewissermaßen mit Selbstverständlichkeit daraus ergibt.“ Das hier von den Elektrizitätsgesellschaften gesagt wird, trifft auch auf alle bedeutenden Aktiengesellschaften zu.

Ihre Absicht, in Liquidation zu treten, hat die Düffeldorf-Kattinger Nadeln- und Schneidwerkfabrik Dürr & Co. wieder ausgegeben. In der jüngst stattgefundenen Generalversammlung berichtete die Verwaltung, daß die von der Gesellschaft hergestellten Garbeleffel sich einer dauernden Beliebtheit erfreuen, man habe sich deshalb zur Weiterführung der Geschäfte entschlossen. Der Betrieb soll vollständig reorganisiert, eine Reduktion der Kosten und eine Vereinfachung in konstruktiver Hinsicht vorgenommen werden, die

Herstellung des Garbeleffels stellt sich wesentlich billiger, als die von Messeln anderer Systeme. Größere Aufträge erteilen der Gesellschaft letztlich das Elektrizitätswerk Köln, die Siemens-Schuckert-Werke, die Elberfelder Farbwerke, weitere Bestellungen sollen noch vielfach in Aussicht stehen.

Bei dem Eisenwerk Rote Erde in Dortmund waren zum erstenmal die Zinsen für das für den Bau des neuen Stahlwerks aufgenommene Kapital mit rund 40 000 M. zu zahlen, infolgedessen ging in der Hauptsache der Ueberchuß von etwa 200 000 M. im Vorjahre auf 144 000 M. in 1909/10 zurück. Die Dividende wurde von 7 auf 5 Prozent reduziert. Nach der Erklärung der Verwaltung lassen die vorhandenen Anzeichen erwarten, daß die Gründung der Marktverbände fortgeschritten, es sei für das laufende Jahr ein betriebliches Ergebnis in Aussicht zu nehmen. — Bei der Aktiengesellschaft G. Pohlig, Drahtziehbahnenfabrik in Köln, wurde ein Ueberchuß von 239 000 M. gegen 235 000 M. im Vorjahre erzielt, hieraus sollen auf das um 300 000 M. auf 2,1 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital 7 Prozent Dividende gegen 8 Prozent im Vorjahre ausgeschüttet werden. Die bessere Konjunktur trat, wie in dem Bericht betont wird, bei der Gesellschaft eigentlich erst gegen Ende des Jahres in die Erscheinung. Im Frühjahr 1910 machte sich indessen eine gewisse Belebung bemerkbar, seitdem sei ein florierender Eingang von Aufträgen zu verzeichnen, der auch bis jetzt angehalten hat. — Bei den Ankerwerken, Aktiengesellschaft, vormals Hengstenberg & Co. in Bielefeld, wurde nach Abschreibungen von 97 000 M. ein Reingewinn von 150 000 M. erzielt. Im Vorjahre wies die Gesellschaft einen Verlust von 228 000 M. aus, der durch Entnahmen aus dem Spezialreservefonds gedeckt wurde. Für 1909/10 kommt eine Dividende von 5 Prozent zur Verteilung. Der Umsatz in den 2 1/2 Monaten des laufenden Geschäftsjahres war nach dem Bericht der Verwaltung in allen drei Abteilungen größer als im Vorjahre.

In der Generalversammlung der Deutschen Triumph-Fahrradwerke, die, wie wir bereits verzeichneten, eine Dividende von 8 Prozent verteilen, wurde mitgeteilt, daß Schritte für die Bildung einer neuen Konvention in der Fahrradindustrie eingeleitet sind, jedoch nur wenig Hoffnung für ein Zustandekommen bestehe. — Viel unvorhergesehen wurde von den Großunternehmen der ostischen Industrie die Aktiengesellschaft Sahn für Optik und Mechanik in Kassel. Eine Generalversammlung der Gesellschaft, die über ein Grundkapital von einer Million Mark verfügt, beschloß, die Fusionsofferte der Optischen Anstalt C. F. Götz Aktien-Gesellschaft in Berlin-Friedenau anzunehmen. Nach Berichten der Handelspresse war eine Stunde vor Beginn der Generalversammlung noch von einer andern Großfirma eine Offerte eingelaufen, die ein günstigeres Kaufangebot für die Aktiengesellschaft Sahn enthielt. Götz garantiert der Gesellschaft auf die Dauer von 8 Jahren eine Dividende von 6 Prozent, diese Dividendengarantie gilt auch für das jetzt abgelaufene erste Geschäftsjahr.

Ueber die Fortschritte des elektrischen Stahlbereitungsverfahrens werden von den Stahlwerken Lindenberg Aktiengesellschaft und ihrer Tochtergesellschaft, der Elektro-Nahlfabrik m. b. H., einige Zahlenangaben gemacht. Nach dem System der beiden Gesellschaften sind bereits 23 Elektrostahlöfen mit einer Gesamtleistung von 225 000 Tonnen im Jahr in Betrieb, 17 Öfen befinden sich im Bau, hierunter 3 von je 20 Tonnen Fassungsvermögen.

Bergeplische Leute.

Es. Die christlichen Gewerkschaften können ihre Gemeinschaft mit dem Zentrum nicht verleugnen. Was wunder auch: die Führung ist durchweg ultramontan; ein Teil gehört zu den parlamentarischen Vertretungen des Zentrums — da ist es ja nicht anders möglich, als daß überall, wo die christlichen Gewerkschaften zu Fragen des öffentlichen Lebens Stellung nehmen, dies im Sinne des Zentrums geschieht, auch in solchen Fragen, die vom Arbeiterstandpunkt aus die gegenteilige Behandlung verdienen. Und da, wo die Christlichen auf Grund ihrer berühmten „Neutralität“ an gewissen Fragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens vorübergehen, geschieht das, um dem Zentrum keine Schwierigkeiten zu machen in der Durchführung seiner arbeitserfeindlichen Absichten. So war es beim Zolltarif im Jahre 1902 und so war es bei der Reichsfinanzreform im Jahre 1909 — beides Maßnahmen, denen sich die Arbeiterklasse einmütig hätte widersetzen müssen, wo aber die christlichen Gewerkschaften sich absetzt hielten, um nicht die Zentrumspäne zu fördern, die auf die Begünstigung der Agrarier und die Befreiung der breiten Masse des Volkes ausgingen.

Mit welchem Eifer die Christlichen bemüht sind, die Sache der Lebensmittelverteuerung zu vertreten, beweist auch wieder einmal der Deutsche Metallarbeiter. Das Organ des Arbeiterverbands schreibt in einer seiner letzten Nummern, in der sozialdemokratischen Agitationspraxis sei es eine Tatsache, daß die von den Arbeitern erzielten Lohn erhöhungen durch die Steigerung der Lebensmittelpreise wieder wettgemacht oder gar noch überholt werden sei. Dieser Anschauung glaubt das „christliche“ Blatt eine Aufklärung des Vereinstanzeigers, des Organs des freigewerkschaftlichen Arbeiterverbandes, entgegenzusetzen zu können, nämlich: Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Lohnhöhung und Lebensmittelverteuerung läßt sich nicht einfach durch ein paar Zitate entscheiden; es sind vielmehr ganz umfangreiche statistische Untersuchungen nötig, um wenigstens eine Unterlage zu einer Verantwortung zu haben. Daran mangelt es uns einstuftweilen noch, und auf eine bloße individuelle Beobachtung hin ein Urteil zu fällen, hat wenig praktischen Wert. So viel steht aber unbestritten fest, daß

außerhalb bestellten Holzgestelle nicht so schnell zu beschaffen waren, so lagen wir uns veranlaßt (bis auf die Schleiher- und Rotorenabteilung) Holzlegen und die Belegarbeit zu entlassen, die Belegarbeit der Rotorenabteilung hat dann noch einen Tag gearbeitet, dann aber ebenfalls aufgehört.

Niesbach (Oberbayern). Einen schweren Kampf haben die Scharfmacher der Oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau heraufbeschrieben. Seit Jahren haben die gut organisierten Metallarbeiter von Hausdorn und Penzberg durch die Verteuerung aller Lebens- und Genussmittel zu leiden.

Makatt. Am 19. November haben in der Makatt Waggonfabrik sämtliche Metallarbeiter, 270 Mann, die Arbeit niedergelegt. Am 26. November folgten ihnen die Holzarbeiter mit 170 Mann. Der Kampf wird von der Firma mit den verwerflichsten Mitteln geführt.

Die Forderungen, die zur Arbeitsniederlegung geführt haben, sind kurz folgende: Die Arbeiter verlangten die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden täglich und eine Lohnerhöhung von 2 1/2 die Stunde.

Schon vor zwei Jahren haben die Arbeiter vergeblich eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangt. Ein Eingreifen der Organisation war damals nicht möglich, weil sie hier zu schwach war. Nun kam aber die Androhung der Aussperrung in der Metallindustrie.

Die Forderungen sind wohl gegeben, aber nicht zu haben, er spielte mit den Arbeitern Komödie. Erst als den Arbeitern die Gebude riß und sie zu dem Mittel der passiven Resistenz griffen, ließ er die Kommission der Arbeiter vor, aber nicht um zu verhandeln, sondern um folgende Erklärung abzugeben: „Ihr habt mich sprechen wollen, gut, jetzt seid ihr hier, ich erkläre euch aber gleich: bewilligen will ich keinen Pfennig!“

Die Kommission konnte gehen. Nun wurden die Forderungen von der Organisationsleitung eingereicht und der Industriellenverband um Verhandlungen ersucht. Dieser jagte auch durch seinen Streikrat zu — der Herr Direktor lehnte aber auch seine eigene Organisation ab! Das gleiche Schicksal hatte die Fabrikinspektion.

Wieder a. d. Ruhr. Am 27. Dezember fand in wintern Städtchen, das 2000 Einwohner zählt, die erste vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufene öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Kollege Roman aus Hamm referierte über: „Die letzten

Ereignisse und die nächsten Aufgaben der Metallarbeiter für die Zukunft.“ Nach dem Referate wurden die Gegner aufgefordert, sich an der Diskussion zu beteiligen, aber die Kollegen der Schwärze und blauen Schattierung wagten es nicht, für ihre Fahne eine Lanze zu brechen.

Rundschau.

Reichstag.

Das Interesse an den Verhandlungen der vergangenen Woche konzentrierte sich, soweit es sich um die Verhandlungen im Plenum drehte, ausschließlich um das Arbeitskammergesetz, das von Montag den 5. bis Mittwoch den 7. Dezember zur Beratung stand.

Die Dinge liegen dabei so. Seit Jahren hat die sozialdemokratische Partei die Schaffung besonderer Arbeiterkammern und damit Gleichberechtigung mit den anderen Erwerbsständen verlangt. Es gibt Handwerker, Metzger- und Landwirtschaftskammern zur Vertretung der Interessen dieser Berufsstände und ihrer sachgemäßen Vertretung bei der Regierung.

Nun muß freilich anerkannt werden, daß die Kommission von 28 Reichstagsmitgliedern, die den Regierungsentwurf beraten hat, an ihm zwar keine Änderungen im Prinzip, aber starke Verbesserungen in einzelnen Punkten angebracht hat.

Im Plenum drehte sich nun der dreitägige Kampf hauptsächlich darum, die Verbesserungen wieder zu beseitigen. Auf der einen Seite standen als ihre Gegner die Reichsregierung, die Konservativen, Freikonserverativen, die meisten Nationalliberalen und eine Anzahl Zentrumsabgeordneter.

Schließlich kam es zur namentlichen Abstimmung sowohl wegen der Eisenbahner wie der Arbeitersekretäre. Und wieder geschah ein Wunder. Trotz des „Unannehmbars“ der Regierung blieb die Mehrheit, die in der Kommission zugunsten der beiden Gruppen beschlossene hatte, ihrem Beschlusse auch im Plenum treu; und schließlich nahm sie auch das ganze Gesetz in der verbesserten Fassung an.

Es bleibt freilich noch abzuwarten, wie der Hase dieses Gesetzes in der dritten Lesung laufen wird. Und die Frage ist, wer wohl umfallen wird, die Regierung oder Teile der Mehrheit.

Am Donnerstag den 8. Dezember war katholischer Feiertag, und darum auch Feiertag für den Reichstag; denn noch immer ist Zentrumstrampf bei uns. Freitag aber, den 9. Dezember, begannen endlich die Staatsberatungen. Davon das nächste Mal.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftsfestungstag. Der nächste (8.) Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird vom 26. Juni bis zum 2. Juli im Städtchen: Livoli zu Dresden stattfinden.

Gewerbegerichtliches.

Abhebung des Lehrvertrags. Der Schlosserlehrling L. trat durch seinen Vater, klagte am 6. Juni 1910 vor dem Gewerbegericht in Magdeburg gegen die Firma S. auf Auf-

hebung des Lehrvertrags. Die Sache stand schon einmal am 23. Mai zur Verhandlung, und damals hatten sich die Parteien dahin geeinigt, daß L. seinen Abgang zurückzog und S. sich verpflichtet, den Lehrling weiter auszubilden. Doch die Wütze war vergebens. Nach dem Termin war das Verhältnis zwischen Lehrling und Lehrling sehr gespannt, und als dann eines Tages der Lehrling vom Lehrherrn mit Totschlag bedroht und mit einem Knüttel geschlagen wurde, beschloß der Vater wiederum, das unerträgliche Verhältnis zu lösen und klagte wiederum vor dem Gewerbegericht auf Auflösung des Lehrvertrags.

(Nach der Volkstimme, Magdeburg, Nr. 133 vom 10. Juni 1910.)

Arbeiterversicherung.

Trennung und Gleichheit im Verkehr mit Berufsgenossenschaften. Die Berufsgenossenschaften nehmen in der Arbeiterversicherung eine doppelte Stellung ein: auf der einen Seite sind sie Partei, das heißt die Vertretung der zur Entschädigung von Unfällen verpflichteten Unternehmer und auf der andern Seite sind ihre Organe infolge des ihnen zustehenden Rechts der Rentenfeststellung durch einen der Reichsversicherungsfähigen Beschäftigten auszuüben, und zwar Richter in eigener Sache.

Wie wenig die Versicherungen der Berufsgenossenschaften, daß die bewilligten Renten dauernd sein sollen, zu geben ist, mußte der Schlosser L. zu Frankfurt a. M. kürzlich erfahren. Er verlor im Jahre 1905 durch einen Unfall den Zeigefinger der linken Hand und noch ein Stück des Mittelhandknochens.

Rach noch nicht vier Jahren hatte die Berufsgenossenschaft aber ihre Versicherungen vergessen und ließ den Verletzten durch den Kreisarzt Dr. Fromm in Frankfurt a. M. untersuchen. Dieser stellte dann auch sofort fest, daß der Verletzte sich an den gänglichen Verlust des linken Zeigefingers „bölig gewöhnt“ habe.

Über das Verhalten der Süddeutschen Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft, Sektion IV, wollen wir kein Wort verlieren, für alle Verletzten ergibt sich aber die Lehre, durch Versicherungen der Genossenschaften von der Gewährung von Dauerrenten sich nicht von der Geltendmachung und Durchsetzung ihrer Rechte abhalten zu lassen.

Aus den Unternehmerverbänden.

Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrie. In der am 27. Oktober abgehaltenen Generalversammlung des genannten Unternehmerverbandes erstattete der Geschäftsführer, Generalsekretär H. W. Bueck, dem Geschäftsbekannt. Nach den in den Münchener Neuellen Nachrichten (Nr. 503, Morgenblatt vom 29. Oktober) enthaltenen, sehr kurzen Mitteilungen über diesen Bericht hat der Berichterstatter sich in dessen ersten Teil mit dem Interessententum zwischen den Kohlenproduzenten und den Verbrauchern beschäftigt. Bekanntlich ist es schon vorgelommen, daß Großproduzenten für ihr durch Zölle geschütztes Kohleisen inländischen Verbrauchern hohe Preise abnahmen, das gleiche Kohleisen im Ausland jedoch zu Schleuderpreisen veräußerten (siehe auch die Wirtschaftliche Rundschau in dieser Nummer).

Diese „Risse“ wird hauptsächlich dadurch entstehen, daß bei etwaiger Auflösung der Subjekte auch deren Kreisverbände aufhören werden, was natürlich für manche Unternehmer unter Umständen auch unangenehme Folgen haben kann. Dagegen ist es den inländischen gefürchteten Großproduzenten selbstverständlich nicht unangenehm, daß, wie es in dem Bericht heißt: „die Gefahr der Einföhrung eines schwedischen Eisenerz aus Schweden für einige Jahre abgewendet“ ist. Eine Verteuerung des Rohmaterials, das sie für bessere Qualitäten ihrer Erzeugnisse brauchen,

